



Die Bombenanschläge in den Hauptstädten Indiens und Pakistans in dieser Woche ereigneten sich im Abstand von nur einem Tag. Beide richteten nahezu identische Schäden an und hatten vergleichbare Auswirkungen – bei jedem der Anschläge wurden rund ein Dutzend Menschen getötet.

Es gibt bislang keinen direkten Zusammenhang zwischen den beiden Attentaten. Wer für den Anschlag in Indien verantwortlich ist, ist noch unklar. Eine Splittergruppe der pakistanischen Taliban bekannte sich zu dem Bombenanschlag in Islamabad.

Doch die Spannungen zwischen Indien und Pakistan sind derzeit so hoch, dass die Explosionen ausreichen, um die Sorge zu wecken, die beiden benachbarten Atommächte könnten erneut in eine Eskalationsspirale geraten – wie zuletzt im Mai. Das zeigt, wie nervös die Lage in der Region ist – und möglicherweise auch, wie wenig es braucht, um erneut in Gewalt abzuleiten.

Ein zurückhaltenderes Indien

Indien wirft Pakistan seit Langem vor, militante Gruppen Unterschlupf und Unterstützung zu gewähren, die Anschläge auf indischem Boden verüben. In jüngerer Zeit hat Pakistan ähnliche Vorwürfe gegenüber Indien erhoben und behauptet, die indische Regierung unterstützte Kräfte, die den pakistanischen Staat bekämpfen.

Seit der Rückkehr der Taliban an die Macht in Afghanistan sind die regionalen Dynamiken noch unberechenbarer und komplizierter geworden. Die pakistanische Regierung hatte die Taliban während ihres zwanzigjährigen Aufstands gegen die vom Westen unterstützte Republik in Kabul unterstützt. Nun aber beschuldigt Pakistan die Taliban, mit Indien zusammenzuarbeiten, um militante Gruppen zu unterstützen, die Anschläge in Pakistan verüben.

Indische Regierungsvertreter haben sich nach dem tödlichen Bombenanschlag am Montag in Neu-Delhi – bei dem mindestens neun Menschen starben und 20 weitere in der Nähe einer U-Bahn-Station in einem belebten Teil der Altstadt verletzt wurden – auffallend zurückhaltend geäußert.

Das steht im Kontrast zur indischen Reaktion im Frühjahr, nachdem bei einem Massaker an einem beliebten Picknickplatz für Touristen in Kaschmir – einem zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Gebiet – Menschen ums Leben kamen. Bewaffnete Männer hatten gezielt hinduistische Touristen anhand ihrer Religionszugehörigkeit identifiziert und sie dann vor ihren Familien ermordet. Premierminister Narendra Modi machte daraufhin Pakistan für die



Unterstützung der Angreifer verantwortlich und ließ militärische Schläge gegen das Nachbarland ausführen. Modi erklärte damals, jeder zukünftige Terroranschlag werde als Kriegshandlung betrachtet.

Der Anschlag in Delhi wird nun als Terrorakt untersucht. Doch herauszufinden, wer genau dahintersteckt, dürfte schwierig werden. Indien steht auch auf dem Radar anderer Terrororganisationen, darunter der sogenannte Islamische Staat.

Pakistan unter Druck

Der Anschlag hat das Sicherheitsgefühl in Neu-Delhi erschüttert und den Druck auf die indischen Behörden erhöht.

Gleichzeitig gilt das auch für Pakistan: Dort wurden am Dienstagmittag bei einem Selbstmordanschlag mindestens zwölf Menschen getötet und 27 weitere verletzt. Die Explosion ereignete sich in der Nähe des Eingangs zu einem schwer gesicherten Gerichtsgebäude in Islamabad. Die pakistانية Regierung sieht sich ohnehin schon einer wachsenden Zahl militanter Angriffe in den westlichen Grenzregionen zu Afghanistan ausgesetzt.

In der pakistanicen Fernsehberichterstattung und in offiziellen Verlautbarungen wird die Taliban-Regierung in Afghanistan inzwischen häufig als „von Indien unterstützt“ bezeichnet. Im vergangenen Monat bombardierte Pakistan zwei afghanische Städte – darunter auch Kabul – just während eines offiziellen Besuchs des afghanischen Außenministers in Indien.

Nur wenige Stunden nach dem Anschlag in Islamabad am Dienstag beschuldigte Pakistans Premierminister Shehbaz Sharif Indien, an der zunehmenden Gewalt beteiligt zu sein. Sharif sagte, der Angriff sowie ein Überfall auf eine Militärakademie im Westen des Landes am Montag seien „auf indische Anstiftung“ zurückzuführen.

Das indische Außenministerium wies diese Vorwürfe als „haltlos und unbegründet“ zurück.

Pakistans politische und militärische Führung hat seit dem viertägigen Gefecht im Mai ihre aggressive Rhetorik gegenüber Indien deutlich verschärft. Damals führte das Gefecht zu einem Popularitätsschub für den pakistanicen Armeechef Asim Munir, der gestern erweiterte verfassungsmäßige Vollmachten sowie lebenslange rechtliche Immunität zugesprochen bekam.

Auch wenn die diplomatischen und kommunikativen Kanäle zwischen beiden Ländern derzeit



auf einem historischen Tiefpunkt sind, mahnen einige weiterhin zur Besonnenheit. Maleeha Lodhi, ehemalige pakistanische Botschafterin bei den USA und den Vereinten Nationen, erklärte, die Spannungen seien zwar hoch, sie glaube jedoch nicht, dass die Länder kurz vor einem größeren Konflikt stünden.

Doch der Konflikt im Frühjahr hat gezeigt, wie rasch die Situation eskalieren kann: Indien und Pakistan standen damals am Rand eines Kriegs, bevor US-Präsident Donald Trump beide Seiten zu einem Waffenstillstand drängte. Als die Feuerpause schließlich vereinbart wurde, erklärte Modi, die Operationen gegen Pakistan seien lediglich unterbrochen – nicht beendet – worden.

WEITERE TOP-NACHRICHTEN

Epstein-Affäre: Neue Enthüllungen belasten Trump

Demokratische Abgeordnete im US-Kongress haben am Mittwoch E-Mails veröffentlicht, in denen der verurteilte Sexualstraftäter Jeffrey Epstein schrieb, dass Präsident Trump „Stunden in meinem Haus“ mit einem der Opfer seines Sexrings verbracht habe. In einer Nachricht behauptete Epstein, Trump habe von den Mädchen gewusst.

Wenige Stunden später veröffentlichten republikanische Abgeordnete ihrerseits ein Konvolut von 23.000 Seiten Dokumenten aus Epsteins Nachlass. Die Republikaner bemühen sich seit Längerem, Trump – der einst mit Epstein befreundet war, bis es zum Bruch kam – zu schützen. Gleichzeitig wächst der Druck der Wählerbasis auf eine vollständige Offenlegung von Epsteins Kontakten zu mächtigen Männern. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, kündigte an, in der kommenden Woche über eine Maßnahme zur Freigabe weiterer Epstein-Dokumente abzustimmen zu lassen.

Trump bestreitet jegliche Beteiligung an oder Kenntnis von Epsteins kriminellem Netzwerk entschieden. Die Pressesprecherin des Weißen Hauses warf den Demokraten am Mittwoch vor, sie wollten mit einer „konstruierten Erzählung Präsident Trump verleumden“.



WEITERE MELDUNGEN:

- **Präsident Trump** unterzeichnete ein Übergangs-Haushaltsgesetz zur Wiedereröffnung der US-Regierung, nachdem es knapp das Repräsentantenhaus passiert hatte. Das ist das Ende des längsten Shutdowns in der Geschichte der USA.
- **Israel** erklärte, einen Grenzübergang in den Norden des Gazastreifens wieder geöffnet zu haben – eine langjährige Forderung von Hilfsorganisationen, die dringend benötigte Hilfe in das Gebiet bringen wollen.
- **Japans Premierministerin Sanae Takaichi** steht in der Kritik, weil sie eine Kabinettsitzung auf 3 Uhr morgens angesetzt hatte – in einem Land, das von einer Epidemie des „Tod durch Überarbeitung“ (karōshi) geprägt ist.
- Der **israelische Präsident Itzschak (Isaac) Herzog** sagte, Trump habe ihm einen Brief geschickt, in dem er um die Begnadigung von Premierminister Benjamin Netanjahu bat, der wegen Korruption vor Gericht steht.
- In einem Video ist zu sehen, wie eine neu gebaute Brücke in **Sichuan, China**, einstürzt – eine gewaltige Staubwolke steigt in den Himmel.
- **42 Menschen**, viele von ihnen auf der Flucht vor dem Krieg im Sudan, wurden tot aufgefunden, nachdem ihr Boot im vergangenen Monat vor der Küste Libyens kenterte.
- Der **algerische Präsident Abdelmadjid Tebboune** begnadigte Boualem Sansal, einen algerisch-französischen Schriftsteller, der zu fünf Jahren Haft verurteilt worden war – wegen des Vorwurfs, die nationale Sicherheit untergraben zu haben.

Autor: P. Tiko